

**UCHWAŁA NR VII/24/2011  
RADY MIEJSKIEJ W SŁAWNIE**

z dnia 28 lutego 2011 r.

**w sprawie: przystąpienia Gminy Miasto Sławno do międzynarodowego stowarzyszenia „Europejski Szlak Gotyku Ceglanego”**

Na podstawie:

- art. 18, ust.2, pkt 12a ustawy z dnia 8 marca 1990 r. **o samorządzie gminnym** ( t.j. Dz. U. z 2001r. Nr 142, poz. 1591, z 2002 r. Nr 23, poz. 220, Nr 62, poz. 558, Nr 113, poz. 984, Nr 153, poz. 1271, Nr 214, poz. 1806, z 2003 r. Nr 80, poz. 717, Nr 162, poz. 1568, z 2004 r. Nr 102, poz. 1055, Nr 116, poz.1203, z 2005 r. Nr 172, poz. 1441, Nr 175, poz. 1457, z 2006 r. Nr 17, poz. 128, Nr 181, poz. 1337, z 2007 r. Nr 48, poz. 327, Nr 138, poz. 974, Nr 173, poz. 1218, z 2008 r. Nr 180, poz. 1111, Nr 223, poz. 1458 oraz z 2009 r. Nr 52, poz. 420, Nr 157, poz.1241, z 2010r. Nr 28, poz. 142 i 146 oraz Nr 106, poz. 675),

- oraz art. 4 ust. 1 i 2 ustawy z dnia 15 września 2000 r. **o zasadach przystępowania jednostek samorządu terytorialnego do międzynarodowych zrzeszeń społeczności lokalnych i regionalnych** ( Dz. U. Nr 91, poz. 1009 oraz z 2002 r. Nr 113, poz. 984),

Rada Miejska w Sławnie uchwala, co następuje:

§ 1. Wyraża się zgodę na przystąpienie Gminy Miasto Sławno na prawach członka zwyczajnego do międzynarodowego stowarzyszenia pn. „Europejski Szlak Gotyku Ceglanego” z siedzibą w Berlinie, zwanego dalej „Stowarzyszeniem”.

§ 2. Przyjmuje się statut Stowarzyszenia stanowiący załącznik nr 1 do niniejszej uchwały.

§ 3. Koszty związane z udziałem Gminy Miasto Sławno w Stowarzyszeniu pokrywane będą z budżetu Gminy Miasto Sławno.

§ 4. Wykonanie uchwały powierza się Burmistrzowi Miasta Sławno.

§ 5. Uchwała wchodzi w życie po uzyskaniu zgody ministra właściwego do spraw zagranicznych.

Załącznik do Uchwały Nr VII/24/2011  
Rady Miejskiej w Sławnie  
z dnia 28 lutego 2011 r.

## Tytuł



European Route  
of Brick Gothic

Constitution of the Association/Satzung des Vereins  
„Europäische Route der Backsteingotik e.V.“

## Satzung

des

## Europäische Route der Backsteingotik e.V.

Fassung laut Beschluss der Gründungsversammlung  
vom 26. September 2007

### Sitz:

c/o Deutscher Verband für Wohnungswesen,  
Städtebau und Raumordnung e.V.

Georgenstrasse 21

10117 Berlin

Tel: +49 30 2061325-0

Fax: +49 30 2061325-1

E-Mail: [info@eurob.org](mailto:info@eurob.org)

[www.eurob.org](http://www.eurob.org)



**Satzung**  
**des**  
**Europäische Route der Backsteingotik e.V.**

Fassung laut Beschluss der Gründungsversammlung  
vom 26. September 2007

Sitz:

c/o Deutscher Verband für Wohnungswesen,  
Städtebau und Raumordnung e.V.  
Georgenstrasse 21  
10117 Berlin  
Tel: +49 30 2061325-0  
Fax: +49 30 2061325-1  
E-Mail: [info@eurob.org](mailto:info@eurob.org)  
[www.eurob.org](http://www.eurob.org)

## Satzung

### § 1 Name, Sitz, Geschäftsjahr

1. Der Verein führt den Namen

**„Europäische Route der Backsteingotik“**

und soll in das Vereinsregister eingetragen werden. Nach der Eintragung führt er den Zusatz „e. V.“.

2. Der Verein hat seinen Sitz in Berlin.
3. Das Geschäftsjahr des Vereins ist das Kalenderjahr.

### § 2 Zweck des Vereins

1. Zweck des Vereins ist die Förderung von Kunst und Kultur sowie von Wissenschaft, Bildung und Völkerverständigung.
2. Der Satzungszweck wird insbesondere durch folgende Maßnahmen verwirklicht:
  - a) Unterhalt und Weiterentwicklung einer „Europäischen Route der Backsteingotik“ als kulturhistorisch begründete internationale Organisation.
  - b) Erfassung und Dokumentation von Baudenkmalern der Backsteingotik entlang der „Europäischen Route der Backsteingotik“,
  - c) Darstellung der Geschichte und Entwicklung europäischer Backsteingotik und ihres bau-, kunst- und kulturhistorischen Kontexts,
  - d) Textliche und bildliche Darstellung lokaler, regionaler und grenzübergreifender Ausprägungen der Backsteingotik im gesamthistorischen Kontext,
  - e) Präsentation der „Europäischen Route der Backsteingotik“ und ihrer Bauten in der europäischen Öffentlichkeit,
  - f) Realisierung von Informationsveranstaltungen und kulturhistorisch verknüpften Maßnahmen und Projekten zur europäischen Backsteingotik,
  - g) Konzipierung und Realisierung von Weiterbildungsmaßnahmen für die Mitglieder und Interessenten europäischer Backsteingotik,

- h) Umsetzung lokaler, regionaler und internationaler Publikationen, Präsentationen und Veranstaltungen zur Information über die „Europäische Route der Backsteingotik“ und Einbindung von Bürgern und Akteuren vor Ort,
- i) Erarbeitung und Verbreitung von Informationsmaterial sowie Qualifizierung elektronischer Medien zur europäischen Backsteingotik.

### § 3 Gemeinnützigkeit

- 1. Der Verein verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke i. S. des Abschn. „Steuerbegünstigte Zwecke“ der Abgabenordnung.
- 2. Der Verein ist selbstlos tätig, er verfolgt nicht in erster Linie eigenwirtschaftliche Zwecke.
- 3. Mittel des Vereins dürfen nur für die satzungsmäßigen Zwecke verwendet werden. Die Mitglieder erhalten keine Gewinnanteile und in ihrer Eigenschaft als Mitglieder auch keine sonstigen Zuwendungen aus Mitteln des Vereins. Es darf keine Person durch Ausgaben, die dem Zweck des Vereins fremd sind, oder durch unverhältnismäßig hohe Vergütungen begünstigt werden.

### § 4 Mitgliedschaft

- 1. Voraussetzung für die Mitgliedschaft ist es, den Zweck des Vereins zu unterstützen.
- 2. Ordentliche Mitglieder des Vereins können Gebietskörperschaften sowie solche Organisationen und Institutionen sein, deren Tätigkeiten einen kommunalen oder regionalen Bezug aufweisen. Ordentliche Mitglieder werden auf Antrag vom Vorstand aufgenommen. Lehnt der Vorstand den Aufnahmeantrag ab, so ist dieser auf Verlangen des Antragstellers der Mitgliederversammlung zur Beschlussfassung vorzulegen.
- 3. Die Mitgliedschaft endet:
  - a) mit dem Tod des Mitgliedes, bei juristischen Personen bei Erlöschen;
  - b) mit dem Liquidationsbeschluss des Mitgliedes;
  - c) durch Austritt des Mitgliedes;
  - d) durch Ausschluss aus dem Verein.
- 4. Der Austritt erfolgt durch schriftliche Erklärung gegenüber dem Vorstand. Er ist nur zum Schluss eines Kalenderjahres unter Einhaltung einer Kündigungsfrist von einem Monat zulässig. Zur Einhaltung der Frist ist rechtzeitiger Zugang der Austrittserklärung bei einem Mitglied des Vorstandes erforderlich.

5. Ein Mitglied kann durch Beschluss der Mitgliederversammlung ausgeschlossen werden, wenn es sich trotz zweimaliger Mahnung mit der Zahlung des Beitrages weiterhin im Rückstand befindet. Der Ausschluss darf erst beschlossen werden, nachdem seit der Absendung des zweiten Mahnschreibens zwei Monate verstrichen und die Beitrags-schulden nicht beglichen sind. Der Ausschluss ist dem Mitglied schriftlich mitzuteilen.
6. Ein Mitglied kann, wenn es gegen die Vereinsinteressen gröblich verstoßen hat, durch Beschluss der Mitgliederversammlung aus dem Verein mit einer Mehrheit von zwei Dritteln der Anwesenden ausgeschlossen werden. Von der Beschlussfassung ist dem Mitglied unter Setzung einer angemessenen Frist Gelegenheit zu geben, sich persönlich oder schriftlich zu rechtfertigen. Eine schriftliche Stellungnahme des Betroffenen ist in der Mitgliederversammlung zu verlesen. Der Ausschluss des Mitglieds wird mit der Beschlussfassung wirksam. Der Ausschluss soll dem Mitglied, wenn es bei der Beschlussfassung nicht anwesend war, durch den Vorstand unverzüglich schriftlich bekannt gegeben werden.
7. Außerdem können dem Verein natürliche und juristische Personen sowie andere Kompetenzträger, die den Zweck des Vereins fördern wollen, als fördernde Mitglieder angehören. Fördernde Mitglieder besitzen in der Mitgliederversammlung kein Stimmrecht und werden bei der Feststellung von Quoten nicht berücksichtigt. Im Übrigen gelten für sie die vorgenannten Regelungen entsprechend.

## § 5 Mitgliedsbeiträge

Von den ordentlichen und den fördernden Mitgliedern werden Beiträge erhoben. Die Höhe der Jahresbeiträge und deren Fälligkeit werden von der Mitgliederversammlung in einer Beitragsordnung festgelegt.

## § 6 Organe des Vereins

1. Organe des Vereins sind:
  - a) die Mitgliederversammlung sowie
  - b) der Vorstand.
2. Durch Beschluss der Mitgliederversammlung kann ein Beirat eingerichtet werden.
3. Zusätzlich können Fachausschüsse eingerichtet werden.

## § 7 Mitgliederversammlung

1. Einmal jährlich findet eine ordentliche Mitgliederversammlung statt.
2. Sowohl ordentliche als auch fördernde Mitglieder sind zur Teilnahme an der Mitgliederversammlung zugelassen.
3. In der Mitgliederversammlung hat jedes ordentliche Mitglied Rede-, Antrags- und Stimmrecht. Jedes fördernde Mitglied hat Rederecht. Die Ausübung des Stimmrechts kann schriftlich erfolgen. Jedes Mitglied kann sich durch einen Bevollmächtigten vertreten lassen, der auch das Stimmrecht ausüben darf. Die Vollmacht ist zu Beginn der Versammlung dem Versammlungsleiter gegenüber nachzuweisen und bedarf der Schriftform.
4. Die Mitgliederversammlung ist insbesondere für folgende Angelegenheiten zuständig:
  - a) Genehmigung des vom Vorstand aufgestellten Haushaltsplanes für das laufende sowie das folgende Geschäftsjahr;
  - b) Entgegennahme des Jahresberichtes des Vorstands;
  - c) Entlastung des Vorstands;
  - d) Festsetzung der Höhe des Jahresbeitrages;
  - e) Wahl und Abberufung der Mitglieder des Vorstands;
  - f) Beschluss über die Einrichtung eines Beirats sowie die Wahl und Abberufung der Mitglieder;
  - g) Wahl und Abberufung des Geschäftsführers;
  - h) Wahl der Rechnungsprüfer und Entgegennahme des Berichts der Rechnungsprüfer;
  - i) Beschlussfassung über die Aktivitäten des Vereins;
  - j) Änderungen der Satzung;
  - k) Beschlussfassungen über Anträge vom Vorstand abgelehnter Bewerber;
  - l) Auflösung des Vereins;
  - m) Beschlussfassung über Vereinsgeschäfte mit einem Wert von mehr als 15.000 €.
5. Die ordentliche Mitgliederversammlung wird vom Vorstand wenigstens 3 Wochen vor dem Termin der Mitgliederversammlung unter Angabe des Ortes und der Zeit sowie der Tagesordnung und der dem Vorstand schriftlich vorliegenden Anträge einberufen. Die Frist ist mit der Absendung des Einladungsschreibens gewahrt. Das Einladungsschreiben ist dem Mitglied an die letzte dem Verein schriftlich bekannt gegebene Adresse zuzusenden. Die Einladung per E-Mail ist zulässig. Im Streitfall hat der Vorstand die Zusendung der Einladung nachzuweisen. Die Tagesordnung setzt der Vorstand fest. Als Ort sollte stets ein Ort bestimmt werden, an dem ein Mitglied seinen Sitz hat.



6. Der Vorstand kann jederzeit eine außerordentliche Mitgliederversammlung einberufen. Diese muss er binnen einer Frist von zwei Monaten einberufen, wenn das Interesse des Vereins es erfordert oder wenn die Einberufung von einem Fünftel aller Mitglieder schriftlich unter Angabe des Zwecks des Beschlussantrages vom Vorstand verlangt wird. Die Frist zur Einladung beträgt vierzehn Tage. Abs. 4 Sätze 2, 3, 4, 5 und 7 gelten entsprechend.
7. Die Mitgliederversammlung wird vom/von der Vorsitzenden, bei dessen/deren Verhinderung vom/von einem/r der stellvertretenden Vorsitzenden geleitet. Ist keine der genannten Personen anwesend, bestimmt die Versammlung den/die Versammlungsleiter/in. Der/Die Protokollführer/in wird auf Vorschlag des/der Versammlungsleiters/in von der Mitgliederversammlung gewählt.
8. Die Mitgliederversammlung ist nicht öffentlich. Der/Die Versammlungsleiter/in kann Gäste zulassen. Über die Zulassung der Presse, des Rundfunks und des Fernsehens beschließt die Mitgliederversammlung.
9. Die Mitgliederversammlung ist beschlussfähig, wenn sie ordnungsgemäß einberufen worden ist.
10. Die Mitgliederversammlung fasst Beschlüsse im Allgemeinen mit der Mehrheit der abgegebenen gültigen Stimmen; Stimmenthaltungen bleiben außer Betracht. Zur Änderung der Satzung ist eine absolute Mehrheit der Zahl der Mitglieder, zur Auflösung des Vereins eine solche von vier Fünfteln erforderlich. Eine Änderung des Zwecks des Vereins kann nur mit Zustimmung aller Mitglieder beschlossen werden. Die schriftliche Stimmabgabe von Mitgliedern, die an der Teilnahme der Mitgliederversammlung verhindert sind, ist zulässig. Die Art der Abstimmung bestimmt der/die Versammlungsleiter/in. Die Abstimmung muss schriftlich durchgeführt werden, wenn ein Drittel der bei der Abstimmung anwesenden stimmberechtigten Mitglieder dies beantragt. Wahlen sollen schriftlich erfolgen.
11. Über die Beschlüsse der Mitgliederversammlung ist ein Protokoll aufzunehmen, das vom/von der jeweiligen Versammlungsleiter/in und dem/der Protokollführer/in zu unterzeichnen ist. Es soll folgende Feststellungen enthalten: Ort und Zeit der Versammlung, die Person des/der Versammlungsleiters/in und des/der Protokollführers/in, die Zahl der erschienenen Mitglieder, die Tagesordnung, die einzelnen Abstimmungsergebnisse und die Art der Abstimmung.

## § 8 Vorstand

1. Der Vorstand des Vereins besteht aus fünf Personen, dem/der Vorsitzenden sowie dem/der 1., 2., 3. und 4. Stellvertretenden Vorsitzenden.
2. Die Mitglieder des Vorstands werden durch die Mitgliederversammlung für die Dauer von drei Jahren, vom Tage der Wahl an gerechnet, gewählt; sie bleiben jedoch bis zur Neuwahl des Vorstands im Amt. Scheidet ein Mitglied des Vorstands während der



- Amtsperiode aus, so wählt die nächste Mitgliederversammlung ein Ersatzmitglied für die restliche reguläre Amtsdauer des/der Ausgeschiedenen.
3. Der Verein wird gerichtlich und außergerichtlich durch den/die Vorsitzende/n und bei dessen Verhinderung durch eine/n seiner Stellvertreter/innen vertreten.
  4. Der Vorstand fasst seine Beschlüsse im Allgemeinen in Vorstandssitzungen, die vom/von der Vorsitzende/n mit einer Frist von sieben Tagen einberufen werden. Der Vorstand ist beschlussfähig, wenn mehr als die Hälfte der Vorstandsmitglieder anwesend ist und alle Vorstandsmitglieder ordnungsgemäß eingeladen worden sind. Bei der Beschlussfassung entscheidet die Mehrheit der abgegebenen gültigen Stimmen. Die Vorstandssitzung leitet der/die Vorsitzende bzw. bei dessen/deren Verhinderung der/die ranghöchste Stellvertreter/in. Bei Stimmgleichheit entscheidet die Stimme des/der Leiters/in der Vorstandssitzung. Über die Beschlüsse des Vorstands ist ein Protokoll aufzunehmen, das vom/von der Leiter/in der Sitzung zu unterzeichnen ist. Es soll folgende Feststellungen enthalten: Ort und Zeit der Vorstandssitzung, die Teilnehmer, die Tagesordnung, die einzelnen Abstimmungsergebnisse und die Art der Abstimmung. Ein Vorstandsbeschluss kann auf schriftlichem Wege gefasst werden, wenn alle Vorstandsmitglieder ihre Zustimmung zu der zu beschließenden Regelung erklären.
  5. Der Vorstand ist für alle Angelegenheiten des Vereins zuständig, soweit sie nicht durch die Satzung einem anderen Vereinsorgan zugewiesen sind. Er hat vor allem folgende Aufgaben:
    - Planung und Koordinierung der Aktivitäten;
    - Vorbereitung der Mitgliederversammlung und Aufstellung der Tagesordnung;
    - Einberufung der Mitgliederversammlung;
    - Ausführung der Beschlüsse der Mitgliederversammlung;
    - Berücksichtigung und Bearbeitung der Empfehlungen der Beiratssitzungen;
    - Aufstellung eines Haushaltsplanes für jedes Geschäftsjahr; Buchführung, Erstellung eines Jahresberichtes;
    - Vorschlag eines Geschäftsführers;
    - Abschluss und Kündigung von Verträgen aller Art;
    - Beschlussfassung über die Aufnahme von Mitgliedern.
  6. Für den Abschluss von Rechtsgeschäften mit einem Wert von mehr als je 15.000 Euro durch den Vorstand bedarf es eines Beschlusses der Mitgliederversammlung.

## § 9 Beirat

1. Die Mitgliederversammlung kann beschließen, einen Beirat einzurichten.
2. Die Mitgliederversammlung wählt aus dem Kreis der Organvertreter und Beauftragten seiner ordentlichen und/oder fördernden Mitglieder die Mitglieder für den Beirat. Jedes Mitglied des Beirats ist einzeln zu wählen. Ein Beirat hat mindestens fünf, höchstens 12 Mitglieder; verliert ein Beiratsmitglied seine Funktion bei dem Mitglied, die ausschlaggebend für seine Nominierung als Beiratsmitglied war, oder scheidet das Mitglied, dessen Organvertreter oder Beauftragter das Beiratsmitglied ist, aus dem Verein aus, so endet dessen Mitgliedschaft im Beirat.
3. Der Beirat kann den Vorstand in fachlichen, wirtschaftlichen und politischen Angelegenheiten beraten.
4. Die Mitglieder des Beirats werden durch die Mitgliederversammlung für die Dauer von 3 Jahren, vom Tage der Wahl an gerechnet, gewählt; sie bleiben jedoch bis zur Neuwahl eines Beirats im Amt. Scheidet ein Mitglied eines Beirats während der Amtsperiode aus, so wählt die nächste Mitgliederversammlung ein Ersatzmitglied für die restliche reguläre Amtsdauer des/der Ausgeschiedenen.
5. Der Beirat wählt eine/n Vorsitzende/n sowie zwei Stellvertreter/innen aus seiner Mitte. Der/die Vorsitzende bzw. bei Verhinderung sein/ihre Stellvertreter leitet die Sitzungen des Beirats. § 7 Abs. 6 bis 10 gelten entsprechend. Bei der Verhinderung des/der Vorsitzenden und ihrer/seiner Stellvertreter/innen wählt der Beirat eine/n Sitzungsleiter/in.
6. Der/die Beiratsvorsitzende beruft die Sitzungen des Beirats ein.

## § 10 Der Geschäftsführer

1. Der Vorstand bedient sich zur Bewältigung der ihm übertragenen Aufgaben eines Geschäftsführers.
2. Der Geschäftsführer muss weder natürliche Person noch Vereinsmitglied sein.
3. Der Geschäftsführer ist berechtigt, an den Sitzungen aller Vereinsorgane teilzunehmen. Ihm steht in der Mitgliederversammlung ein Stimmrecht nur dann zu, wenn er ordentliches Mitglied des Vereins ist.
4. Der Geschäftsführer wird von der Mitgliederversammlung für die Dauer von zwei Jahren, gerechnet von der Wahl an, gewählt. Er bleibt jedoch bis zur Neuwahl eines Nachfolgers im Amt.

### § 11 Fachausschüsse

1. Der Vorstand, der Beirat oder die Mitgliederversammlung können Fachausschüsse unter Angabe einer konkreten Aufgabenstellung einrichten. Ihre Aufgabe ist die fachliche Beratung der Organe des Vereins zu speziellen Fragestellungen.
2. Den Fachausschüssen können auch externe Experten angehören. Die Amtszeit der Mitglieder der Fachausschüsse beträgt maximal drei Jahre. Die erneute Berufung in Fachausschüsse ist zulässig.

### § 12 Rechnungsprüfung

1. Zwei Rechnungsprüfer werden von der Mitgliederversammlung aus dem Kreis der Organvertreter und Beauftragten der Mitglieder für die Dauer eines Geschäftsjahres gewählt. Es sind nur solche Mitglieder wählbar, die dem Vorstand oder dem Beirat nicht angehören.
2. Die Rechnungsprüfer nehmen jährlich nach Ablauf des Geschäftsjahres und rechtzeitig vor dem Termin der Mitgliederversammlung die Prüfung der Bücher vor, erstatten der Mitgliederversammlung Bericht und stellen den Antrag auf Entlastung des Vorstandes.
3. Den Rechnungsprüfern ist auf Verlangen jederzeit Einsicht in die Buchführung des Vereins zu gewähren.

### § 13 Verwendung des Vereinsvermögens

Bei der Auflösung des Vereins oder bei Wegfall steuerbegünstigter Zwecke fällt das Vermögen an eine Körperschaft des öffentlichen Rechts oder eine andere steuerbegünstigte Körperschaft zwecks Verwendung für die Förderung von Kunst und Kultur sowie von Wissenschaft, Bildung und Völkerverständigung. Beschlüsse über die künftige Verwendung des Vermögens dürfen erst nach Einwilligung des Finanzamtes ausgeführt werden.



#### § 14 Verfügungen des Vereinsregistergerichts sowie des Finanzamts

Soweit das Amtsgericht, bei dem das Vereinsregister geführt wird, wegen einzelner Satzungsbestandteile Bedenken gegen eine Eintragung äußert bzw. das Finanzamt wegen solcher Satzungsbestandteile die Bescheinigung der Gemeinnützigkeit nicht erteilt, ist der Vorstand berechtigt, durch Satzungsänderung Abhilfe zu schaffen. Für derartige Satzungsänderungen ist ein Beschluss der Mitgliederversammlung nicht erforderlich. Die Ziele des Vereins dürfen dabei nicht abgewandelt werden.

Tłumacz przysięgły języka niemieckiego  
Inga Januszko  
80-180 Gdańsk ul. A. Dulin'a 3 m.11  
tel.: (058) 324 03 79

Repertorium nr 141/2007  
Tłumaczenie z języka niemieckiego.

Opis dokumentu: statut stowarzyszenia, dziesięć stron.  
POCZĄTEK DOKUMENTU ŹRÓDŁOWEGO

Statut Stowarzyszenia -/-

Europejski Szlak Gotyku Ceglanego -/-

Wersja zgodna z uchwałą z zebrania założycielskiego -/-  
z dnia 26 września 2007 r. -/-

Siedziba: -/-

c/o Deutscher Verband für Wohnungswesen, Städtebau und Raumordnung  
e. V. -/-

Georgenstrasse 21 -/-

10117 Berlin -/-

Tel.: + 49 30 2061325-0 -/-

Fax: + 49 30 2061325-1 -/-

e-mail: [info@eurob.org](mailto:info@eurob.org) -/-

[www.eurob.org](http://www.eurob.org) -/-

Statut -/-

§ 1 Nazwa, siedziba, rok obrotowy -/-

1. Stowarzyszenie przyjmuje nazwę -/-

„Europäische Route der Backsteingotik“ [Europejski Szlak Gotyku Ceglanego] -/-

i będzie wpisane do Rejestru stowarzyszeń. Po zarejestrowaniu otrzymuje dopisek  
„e. V.“ [Stowarzyszenie zarejestrowane] -/-

2. Siedzibą Stowarzyszenia jest Berlin. -/-

3. Rokiem bilansowym Stowarzyszenia jest rok kalendarzowy. -/-

§ 2 Cele Stowarzyszenia -/-

1. Celem Stowarzyszenia jest wspieranie sztuki i kultury oraz nauki, edukacji i  
porozumienia pomiędzy narodami. -/-

2. Cele statutowe Stowarzyszenia będą realizowane przez: -/-



- a) utrzymywanie i rozwój „Europejskiego Szlaku Gotyku Ceglanego” jako organizacji międzynarodowej mającej uzasadnienie kulturowo-historyczne;
- b) wskazywanie i dokumentację zabytków gotyku ceglanego wzdłuż Europejskiego Szlaku Gotyku Ceglanego”; -/-
- c) prezentację historii i rozwoju europejskiego gotyku ceglanego w kontekście architektonicznym oraz w kontekście historii sztuki i kultury; -/-
- d) prezentację w formie tekstu i obrazu lokalnych, regionalnych i ponadnarodowych śladów gotyku ceglanego w kontekście ogólnohistorycznym;
- e) prezentację „Europejskiego Szlaku Gotyku Ceglanego” oraz jego budowl publiczności europejskiej; -/-
- f) realizację przedsięwzięć o charakterze informacyjnym i oraz projektów kulturowo i historycznie związanych z gotykiem ceglanym; -/-
- g) opracowanie i realizację przedsięwzięć edukacyjnych dla członków i zainteresowanych europejskim gotykiem ceglanym; -/-
- h) podejmowanie lokalnych, regionalnych i międzynarodowych publikacji, prezentacji i imprez w celu upowszechniania informacji o „Europejskim Szlaku Gotyku Ceglanego” oraz zaangażowanie lokalnych osób i podmiotów; -/-
- i) opracowanie i upowszechnianie materiałów informacyjnych jak też kwalifikację mediów elektronicznych do europejskiego gotyku ceglanego.

### § 3 Pożytek publiczny -/-

1. Stowarzyszenie realizuje wyłącznie i bezpośrednio cele pożytku publicznego w rozumieniu rozdziału „Cele uprzywilejowane podatkowo” Ordynacji Podatkowej. -/-
2. Stowarzyszenie działa bezinteresownie i nie realizuje w pierwszej kolejności własnych celów gospodarczych. -/-
3. Środki Stowarzyszenia mogą być wykorzystywane tylko dla celów statutowych. Członkowie nie mają udziału w zysku ani też nie otrzymują żadnych innych dotacji z tytułu członkostwa w Stowarzyszeniu. Żadna osoba nie może być uprzywilejowana poprzez wydatki, które są obce celom Stowarzyszenia, lub poprzez nieproporcjonalnie wysokie wynagrodzenia. -/-





#### § 4 Członkostwo -/-

1. Warunkiem uzyskania członkostwa jest wspieranie celów Stowarzyszenia. -/-
2. Członkami zwyczajnymi Stowarzyszenia mogą być terenowe osoby prawne prawa publicznego oraz takie organizacje i instytucje, których działalność wykazuje odniesienia lokalne i regionalne. Członkowie zwyczajni są przyjmowani przez Zarząd na podstawie wniosku. Jeżeli Zarząd odrzuci wniosek o przyjęcie do Stowarzyszenia, należy go przedłożyć na życzenie wnioskodawcy Zgromadzeniu członków Stowarzyszenia w celu podjęcia uchwały. -/-
3. Członkostwo wygasa wraz: -/-
  - a) ze śmiercią członka lub z wygaśnięciem działalności osoby prawnej; -/-
  - b) z postanowieniem o likwidacji członka; -/-
  - c) z wystąpieniem członka ze Stowarzyszenia; -/-
  - d) z wykluczeniem ze Stowarzyszenia. -/-
4. Wystąpienie następuje w formie pisemnego oświadczenia wobec Zarządu. Złożenie oświadczenia jest dopuszczalne tylko na koniec roku kalendarzowego z zachowaniem jednomiesięcznego okresu wypowiedzenia. Dla zachowania okresu wypowiedzenia konieczne jest dojsię oświadczenia o wystąpieniu do jednego z członków Zarządu we właściwym czasie. -/-
5. Członek może zostać wykluczony ze Stowarzyszenia uchwałą podjętą na Zgromadzeniu Członków, jeżeli pomimo dwukrotnego upomnienia w dalszym ciągu zalega z zapłatą składki. Postanowienie o wykluczeniu może zostać podjęte dopiero wtedy, gdy po wysłaniu drugiego upomnienia upłynęły 2 miesiące, a należności nie zostały uregulowane. O wykluczeniu członek zostanie poinformowany na piśmie. -/-
6. Członek Stowarzyszenia może zostać z niego wykluczony uchwałą podjętą na Zgromadzeniu Członków większością dwóch trzecich głosów obecnych członków, jeżeli w sposób rażący naruszył interes Stowarzyszenia. Przed podjęciem takiej uchwały należy dać członkowi sposobność do usprawiedliwienia się osobiście lub na piśmie, wyznaczając w tym celu odpowiedni termin. Pisemne stanowisko danego członka należy odczytać na



Zgromadzeniu. Wykluczenia członka ze Stowarzyszenia jest skuteczne z chwilą podjęcia takiej uchwały. Zarząd ma niezwłocznie na piśmie powiadomić członka o wykluczeniu, jeżeli nie był on obecny przy podejmowaniu uchwały.

7. Ponadto do Stowarzyszenia mogą należeć osoby fizyczne oraz prawne, a także inne kompetentne podmioty, które chcą wspierać cel Stowarzyszenia jako członkowie wspierający. Członkowie wspierający nie mają prawa głosu na Zgromadzeniu Członków i nie są uwzględniani przy ustalaniu udziałów procentowych w głosach. W pozostałych przypadkach obowiązują ich odpowiednio wyżej wymienione zasady. -/-

#### § 5 Składki członkowskie -/-

Od członków zwyczajnych i wspierających pobierane są składki. Wysokość składek rocznych oraz termin ich płatności ustala Zgromadzenie Członków w regulaminie składek. -/-

#### § 6 Organy Stowarzyszenia -/-

1. Organami Stowarzyszenia są: -/-
  - a) Zgromadzenie członków oraz -/-
  - b) Zarząd. -/-
2. Zgromadzenie Członków może w drodze uchwały ustanowić Radę Programowo-Nadzorcą. -/-
3. Dodatkowo można powołać komisje fachowe. -/-

#### § 7 Zgromadzenie Członków -/-

1. Zwyczajne Zgromadzenie Członków zwoływane jest raz w roku. -/-
2. W Zgromadzeniu Członków mogą uczestniczyć zarówno członkowie zwyczajni jak i członkowie wspierający. -/-
3. Na Zgromadzeniu Członków każdy członek zwyczajny ma prawo zabierania głosu, zgłaszania wniosków oraz głosowania. Członkowie mogą wykonywać prawo głosu w formie pisemnej. Każdy z członków może ustanowić swojego pełnomocnika, który również może wykonywać prawo głosu. Pełnomocnictwo takie wymaga formy pisemnej i musi być przedłożone Prowadzącemu na początku Zgromadzenia -/-
4. Do zadań Zgromadzenia Członków należy w szczególności: -/-



- a) zatwierdzanie ustalonego przez Zarząd planu budżetowego na bieżący i następny rok obrotowy; -/-
  - b) przyjmowanie sprawozdania rocznego Zarządu; -/-
  - c) udzielanie zarządowi absolutorium; -/-
  - d) ustalanie wysokości składki rocznej; -/-
  - e) wybór i odwoływanie członków Zarządu; -/-
  - f) podejmowanie uchwały o powołaniu jednego lub więcej organów doradczych oraz wybór i odwoływanie członków; -/-
  - g) wybór i odwoływanie Dyrektora Zarządzającego; -/-
  - h) wybór rewidentów księgowych oraz przyjmowanie sprawozdania rewidentów księgowych; -/-
  - i) podejmowanie uchwał dotyczących działań Stowarzyszenia; -/-
  - j) dokonywanie zmian w statucie; -/-
  - k) podejmowanie uchwał w sprawie wniosków kandydatów na członków odrzuconych przez Zarząd; -/-
  - l) rozwiązanie Stowarzyszenia; -/-
  - m) podejmowanie uchwał w sprawie transakcji o wartości powyżej piętnastu tysięcy euro; -/-
5. Zarząd zwołuje zwyczajne Zgromadzenie Członków co najmniej na trzy tygodnie przed terminem Zgromadzenia Członków poprzez wysłanie pisemnych zaproszeń z podaniem miejsca i czasu, porządku obrad oraz wniosków przedłożonych Zarządowi. Termin uważa się za zachowany z chwilą wysłania zaproszenia. Zaproszenie jest wysyłane na ostatni znany Stowarzyszeniu adres członka. Dopuszcza się możliwość wysyłania zaproszeń za pośrednictwem poczty e-mail. W przypadku sporu Zarząd musi udowodnić wysłanie zaproszenia. Porządek obrad ustala Zarząd. Jako miejsce powinno się zawsze ustalać to, w którym członek ma swoją siedzibę. -/-
6. Zarząd może w każdej chwili zwołać nadzwyczajne Zgromadzenie Członków. Nadzwyczajne Zgromadzenie Członków jest zwoływane w ciągu dwóch miesięcy od chwili, gdy wymaga tego interes Stowarzyszenia lub jeżeli jedna piąta wszystkich członków składa na adres Zarządu pisemny wniosek o



zwołanie Zgromadzenia z podaniem celów wniosku przeznaczonego pod uchwałę. Zaproszenia wysyła się z wyprzedzeniem czternastu dni. Listę 4 zdania 2, 3, 4, 5 i 7 obowiązują odpowiednio. -/-

7. Zgromadzeniu Członków przewodniczy Prezydent, w przypadku jego nieobecności jeden z jego zastępców. W razie nieobecności całego Zarządu Zgromadzenie powołuje Przewodniczącego Zgromadzenia. Zgromadzenie Członków dokonuje wyboru protokolanta, którego proponuje Przewodniczący Zgromadzenia. -/-
8. Zgromadzenie Członków nie jest jawne. Przewodniczący Zgromadzenia może wyrazić zgodę na obecność gości. Natomiast o obecności prasy, radia i telewizji decyduje Zgromadzenie Członków. -/-
9. Zgromadzenie Członków posiada zdolność podejmowania uchwał, jeśli zostało ono zwołane zgodnie z regulaminem. -/-
10. Zgromadzenie Członków podejmuje uchwały na ogół większością oddanych ważnych głosów; głosów wstrzymujących się nie bierze się pod uwagę. Zmiana statutu wymaga bezwzględnej większości głosów, a rozwiązanie Stowarzyszenia większością czterech piątych głosów. Zmiana celów Stowarzyszenia może nastąpić tylko za zgodą wszystkich członków. Dopuszcza się wykonywanie prawa głosu w formie pisemnej przez członków, którzy nie mogą uczestniczyć w Zgromadzeniu Członków. O sposobie głosowania decyduje Przewodniczący Zgromadzenia. Głosowanie należy przeprowadzić pisemnie, jeżeli wnioskuje o to jedna trzecia obecnych członków uprawnionych do głosowania. Wybory powinny odbywać się w formie pisemnej. -/-
11. Uchwały Zgromadzenia członków należy protokolować, a protokół podpisuje każdorazowo Przewodniczący Zgromadzenia oraz protokolant. Protokół powinien zawierać następujące dane: miejsce i czas Zgromadzenia, dane Przewodniczącego Zgromadzenia oraz protokolanta, liczbę obecnych członków, porządek obrad, poszczególne wyniki głosowania oraz sposób głosowania. -/-

#### § 8 Zarząd -/-

1. Zarząd Stowarzyszenia składa się z pięciu członków, Prezydenta oraz pierwszego, drugiego, trzeciego i czwartego zastępcy Prezydenta. -/-



2. Członkowie Zarządu są wybierani przez Zgromadzenie Członków na okres trzech lat, licząc od dnia wyboru. Sprawują jednak swój urząd do momentu wyboru nowego zarządu. Jeżeli w okresie sprawowania urzędu członek Zarządu ustąpi, wówczas kolejne Zgromadzenie Członków wybiera jego następcę na pozostały przewidziany okres urzędowania. -/-
3. Prezydent, a w przypadku jego niemożności jeden z jego zastępców, reprezentuje Stowarzyszenie w sądzie i poza sądem. -/-
4. Zarząd podejmuje uchwały na ogół na posiedzeniach Zarządu, zwoływanych przez Prezydenta z wyprzedzeniem siedmiu dni. Zarząd jest zdolny do podejmowania uchwał, jeżeli obecnych jest więcej niż połowa członków Zarządu, a wszyscy członkowie Zarządu zostali zaproszeni zgodnie z regulaminem. Przy podejmowaniu uchwał decyduje większość oddanych ważnych głosów. W przypadku równości głosów decyduje głos Prezydenta. Posiedzeniu Zarządu przewodniczy Prezydent, a w przypadku jego nieobecności zastępca Prezydenta. Uchwały Zarządu należy protokołować, a protokół podpisuje każdorazowo Prezydent. Protokół powinien zawierać następujące dane: miejsce i czas posiedzenia Zarządu, listę uczestników, porządek obrad, poszczególne wyniki głosowania oraz sposób głosowania. Zarząd może podjąć uchwałę w formie pisemnej, jeżeli zgodę na to wyrażą wszyscy członkowie Zarządu. -/-
5. Zarząd odpowiada za wszystkie sprawy Stowarzyszenia, o ile nie zostały one na mocy statutu przydzielone do zadań innego organu Stowarzyszenia. Do zadań Zarządu należy przede wszystkim: -/-
  - planowanie i koordynacja działań; -/-
  - przygotowywanie Zgromadzenia Członków oraz ustalanie porządku obrad;
  - zwoływanie Zgromadzenia Członków; -/-
  - wykonywanie uchwał Zgromadzenia Członków; -/-
  - uwzględnianie oraz opracowywanie zaleceń Rady Programowo-Nadzorczej
  - ustalanie planu budżetowego na każdy rok bilansowy, prowadzenie księgowości, sporządzanie sprawozdania rocznego; -/-
  - proponowanie kandydata na Dyrektora Zarządzającego; -/-
  - zawieranie i wypowiedzanie umów wszelkiego rodzaju; -/-



- podejmowanie uchwał w sprawie przyjmowania członków do Stowarzyszenia. -/-

6. Zawarcie przez Zarząd transakcji o wartości powyżej piętnastu tysięcy euro wymaga uchwały Zgromadzenia Członków. -/-

#### § 9 Rada Programowo-Nadzorcza -/-

1. Zgromadzenie Członków może postanowić o powołaniu Rady Programowo-Nadzorczej. -/-
2. Zgromadzenie Członków wybiera członków do Rady spośród przedstawicieli organów i pełnomocników swoich członków zwyczajnych i/lub wspierających. Każdego członka Rady należy wybierać oddzielnie. Rada składa się przynajmniej z 5, a co najwyżej 12 członków. Jeśli członek Rady utraci funkcję pełnioną u członka Stowarzyszenia, która była decydująca dla jego nominacji na członka Rady lub jeśli ze Stowarzyszenia wystąpi członek, którego przedstawiciel organów lub pełnomocnik jest członkiem Rady, wówczas jego członkostwo w Radzie wygasa. -/-
3. Rada doradza Zarządowi w sprawach fachowych, gospodarczych i politycznych. -/-
4. Zgromadzenie Członków wybiera członków Rady na okres trzech lat licząc od dnia wyboru. Sprawują jednak swój urząd do momentu wyboru nowej Rady. Jeżeli w okresie sprawowania urzędu członek Rady ustąpi, wówczas kolejne Zgromadzenie Członków wybiera jego następcę na pozostały przewidziany okres urzędowania. -/-
5. Członkowie Rady wybierają ze swego grona Przewodniczącego Rady oraz dwóch Wiceprzewodniczących Rady. Posiedzeniu Rady przewodniczy Przewodniczący Rady, w razie jego niemożności jeden z Wiceprzewodniczących. Paragraf 7 ustęp 6 do 10 Statutu obowiązują odpowiednio. W przypadku nieobecności Przewodniczącego i Wiceprzewodniczących Rada wybiera prowadzącego posiedzenie. -/-
6. Przewodniczący Rady zwołuje posiedzenia Rady. -/-

#### § 10 Dyrektor Zarządzający -/-

1. W celu realizacji zadań Zarząd powołuje Dyrektora Zarządzającego. -/-





2. Dyrektor Zarządzający nie musi być ani osobą fizyczną ani członkiem Stowarzyszenia. -/-
3. Dyrektor Zarządzający jest uprawniony do uczestnictwa w posiedzeniach wszystkich organów Stowarzyszenia. Na Zgromadzeniu Członków przysługuje mu prawo głosu tylko wtedy, gdy jest członkiem zwyczajnym Stowarzyszenia.
4. Zgromadzenie Członków wybiera Dyrektora Zarządzającego na okres dwóch lat licząc od dnia wyboru. Dyrektor sprawuje jednak swój urząd do wyboru jego następcy. -/-

#### § 11 Komisje fachowe -/-

1. Zarząd, Rada Programowo-Nadzorcza oraz Zgromadzenie Członków mogą utworzyć komisje fachowe w celu wykonania konkretnych zadań. Zadaniem komisji jest fachowe doradztwo organów Stowarzyszenia w kwestiach specjalistycznych. -/-
2. Członkami komisji fachowych mogą zostać również eksperci spoza Stowarzyszenia. Okres urzędowania członków komisji fachowych wynosi maksymalnie trzy lata. Dopuszcza się ponowne członkostwo w komisji fachowej. -/-

#### § 12 Kontrola rachunkowości -/-

1. Zgromadzenie Członków wybiera dwóch rewidentów księgowych spośród przedstawicieli organów i pełnomocników członków Stowarzyszenia na okres jednego roku bilansowego. Na rewidentów księgowych nie można wybierać członków Zarządu ani Rady Programowo-Nadzorczej Stowarzyszenia. -/-
2. Rewidenci księgowi przeprowadzają każdorazowo po upływie roku bilansowego oraz z odpowiednim wyprzedzeniem terminu Zgromadzenia Członków kontrolę ksiąg rachunkowych, składają sprawozdanie Zgromadzeniu Członków i wnioskuje o udzielenie Zarządowi absolutorium. -/-
3. Rewidenci księgowi mają w każdej chwili na życzenie prawo do wglądu w księgi rachunkowe Stowarzyszenia. -/-

#### § 13 Rozporządzanie majątkiem Stowarzyszenia -/-

W przypadku rozwiązania Stowarzyszenia lub braku celów uprzywilejowanych podatkowo majątek Stowarzyszenia przechodzi na rzecz korporacji prawa publicznego lub innej uprzywilejowanej podatkowo korporacji w celu



wykorzystania go do wspierania sztuki i kultury oraz nauki, edukacji i porozumienia między narodami. Uchwały dotyczące przyszłego wykorzystania majątku mogą być wykonywane dopiero po uzyskaniu zgody urzędu skarbowego.

§ 14 Zarządzenia sądu rejestrowego i urzędu skarbowego -/-

Jeżeli sąd rejonowy prowadzący rejestr stowarzyszeń, zgłosi zastrzeżenia co do rejestracji Stowarzyszenia z powodu pojedynczych zapisów w Statucie lub też urząd skarbowy z uwagi na takie zapisy nie wyda zaświadczenia, że Stowarzyszenie jest organizacją pożytku publicznego, Zarząd ma prawo dokonać zmiany Statutu w celu usunięcia tych braków. Tego rodzaju zmiany Statutu nie wymagają uchwały Zgromadzenia Członków. Cele Stowarzyszenia nie mogą przy tym ulec zmianie. -/-

Hanzentzyckie i Uniwersyteckie Miasto Greifswald, dnia [brak wpisu] -/-

(Podpisy członków zakładających Stowarzyszenie) [brak podpisów] -/-

**KONIEC DOKUMENTU ŹRÓDŁOWEGO**

Ja, Inga Januszko, tłumacz przysięgły języka niemieckiego, wpisana na listę tłumaczy przysięgłych prowadzoną przez Ministra Sprawiedliwości pod numerem TP/440/05, zaświadczam zgodność niniejszego tłumaczenia z okazanym mi dokumentem w języku niemieckim.

Repertorium nr 141/2007

Gdańsk, dn. 12 października 2007 r.



Tłumacz przysięgły  
mgr Inga Januszko

## **Uzasadnienie**

Europejski Szlak Gotyku Ceglanego to międzynarodowe stowarzyszenie skupiające 31 miast z siedmiu krajów nadbałtyckich: Szwecji, Danii, Niemiec, Litwy, Łotwy, Estonii i Polski.

Zadaniem Stowarzyszenia EUROB jest podejmowanie różnych inicjatyw na rzecz powstałego szlaku architektury gotyku ceglanego w zakresie: turystyki, kultury, edukacji oraz ochrony i rewitalizacji zabytków.

Pomysł interdyscyplinarnej sieci miast, w których znajdują się obiekty gotyku ceglanego, ukazuje, że utrzymanie dziedzictwa kulturowego zmierza do długotrwałej inwestycji w rozwój kulturowy i gospodarczy regionów i miast.

Sławno z racji swojej wielowiekowej historii i zachowanych czternastowiecznych obiektów zabytkowych: kościół pw. Wniebowzięcia NMP, Brama Koszalińska i Brama Słupska, zasługuje na wprowadzenie do prestiżowej organizacji międzynarodowej, której celem jest promocja dziedzictwa kulturowego. Przystąpienie Sławna do Stowarzyszenia Europejskiego Szlaku Gotyku Ceglanego stworzy również szansę realizacji różnego rodzaju projektów przy wsparciu funduszy europejskich.